



Wirtschaftskammer Wien
Herrn Gremialobmann KommR Burkhard Ernst
Schwarzenbergplatz 14
1041 Wien

Wien, 19. Februar 2009
rg/cg

Verschrottungsprämie

Sehr geehrter Herr Kommerzialrat!

Ich danke Ihnen für Ihr Schreiben vom 17.2.2009. Gerne möchte ich darauf im Einzelnen eingehen:

Die nicht rosige Situation der Branche ist uns bekannt, allerdings haben gerade wir Grüne seit vielen Jahren eine Weiterentwicklung in Richtung verbrauchsarme und klimaschonende Fahrzeuge eingemahnt, im Wissen, dass die Öl- und Treibstoffpreise nicht ewig niedrig und die Konjunktur nicht für immer günstig bleiben werden. Da die Branche und die rahmensetzende regierende Politik dies weitgehend negiert haben, wurde sie von der Entwicklung der letzten Monate weitgehend unvorbereitet und daher schmerzlich getroffen. Dies ist bedauerlich, wäre aber durchaus zu verhindern gewesen, weshalb die Grünen auch kritisch sehen, dass diese Versäumnisse der Vergangenheit nun nachträglich durch den Ruf nach Steuergeld ausgebügelt werden sollen. Die unausweichliche Redimensionierung und Umstellung der Branche wird mit Sicherheit keine Verschrottungsprämie der Welt ersetzen oder auch nur spürbar abfedern können, schon gar nicht eine im Detail derart unbefriedigend ausgestaltete Prämie wie in Österreich.

Wir haben uns vor allem wegen der Frage der Umwelt- und Klimawirkung sehr intensiv mit der Verschrottungsprämie auseinandergesetzt. Mir sind daher die von Ihnen vorgebrachten Argumente und Zahlen bekannt und ich kann Ihren Zugang durchaus nachvollziehen. Im Detail sind Ihre Zahlenangaben - etwa zu den immer gern strapazierten "indirekt Beschäftigten" - und Ihre Argumente aber durchaus hinterfragenswert. So ist sehr fraglich, ob die von der Prämie erfassten 30.000 Kfz wirklich alle zusätzlich verkauft würden: Es ist genauso möglich, dass es sich zu 100% um Mitnahmeeffekte durch sowieso Neu-PKW-Kaufwillige handeln wird. Der Netto-Steuereffekt für den Staat ist heute sicher nicht seriös bezifferbar.

Sie unterstreichen - zutreffenderweise - dass es sich primär um eine für die Wirtschaft wichtige Frage handelt. Korrekt: für einzelne Sparten der Kfz-Branche. Auch hier bestärkt uns aber

- die Kritik aus der Branche selbst - etwa aus dem Bereich der Kfz-Werkstätten, denen letztlich Geschäft entzogen wird -,
- die Tatsache, dass mit Sicherheit ohnedies geplante Kaufentscheidungen bis April aufgeschoben werden und somit der Netto-Effekt höchst fraglich ist,

- und die Tatsache, dass vom Kfz-Handel keineswegs die Hälfte der Prämie getragen wird, sondern die den Kunden gewährten Rabatte postwendend um den entsprechenden Betrag gekürzt werden, in unserer Skepsis.

Aus Sicht der Grünen muss es von allen wirtschaftlichen Überlegungen unabhängig spätestens dann, wenn von einer "Ökoprämie" die Rede ist, gleichwertig auch darum gehen, ob diese Maßnahme umwelt- und klimapolitisch treffsicher und effizient ist. Und hier lautet die Antwort leider ganz klar nein. Vom Idealfall, dass sich lauter Besitzer von Uralt-Diesel-Pkw wegen einer vergleichsweise bescheidenen Prämie jetzt einen nicht ganz billigen Hybrid-Benziner kaufen, kann man sicher nicht als Regelfall ausgehen. Wenn nun aber die in den letzten Monaten angehäuften Ladenhüter aus dem Groß-SUV-Bereich mit Staatsförderung an den Mann gebracht werden, kann der Netto-Umwelteffekt auch ganz anders aussehen als von Ihnen skizziert. Nicht umsonst haben auch der Umweltminister und der Bundeskanzler sich zum Umwelteffekt der Verschrottungsprämie höchst vorsichtig geäußert.

Für uns Grüne ist insbesondere nicht nachvollziehbar,

- warum die Prämie nicht auf die längst in großer Vielfalt verfügbaren Euro-5-Kfz begrenzt wird,
- warum durch die fehlende Obergrenze für den CO₂-Ausstoß der prämierten Fahrzeuge auch eine Förderung für SUV ermöglicht wird und
- warum es nicht zumindest parallel eine Prämie für Öffi-BenutzerInnen und RadkäuferInnen gibt, die bei wesentlich größerem Benefit für Umwelt und Klima ganz genauso zum Gedeihen ebenfalls wichtiger Sparten der Fahrzeugherstellung beziehungsweise des Handels in der heimischen Wirtschaft beitragen. Letzteres stellt auch verfassungsrechtlich eine bedenkliche Ungleichbehandlung und Unsachlichkeit dar.
- Auch eine soziale Differenzierung - Förderung nur bis zu einem gewissen Einkommen oder dergleichen - wäre im Sinne des gesetzlich gebotenen sparsamen Umgangs mit Steuermitteln durchaus denkbar.

Die Grünen werden sich im Zuge des weiteren Gesetzgebungsverfahrens daher nachdrücklich für entsprechende Verbesserungen einsetzen und generell weiterhin darauf achten, dass Steuergeld primär in effiziente Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen investiert wird. Für die Kfz-Branche sehen wir die Zukunft in einer raschestmöglichen Umstellung auf zeitgemäße, weder Umwelt und Klima noch die angespannten Finanzen der Menschen über Gebühr belastende Produkte. Im Sinne dieses Zieles wären aus unserer Perspektive die 22,5 Mio Euro in der Forschung und Entwicklung treibstoffsparender Motoren und elektrischer Antriebs- und Speicherkomponenten besser investiert. Nur ein entsprechender Know-How-Vorsprung wird die Bedeutung der Kfz-Branche in Österreich längerfristig absichern können. Bei allen diesbezüglichen Anstrengungen kann die österreichische Kfz-Branche auf die volle Unterstützung der Grünen zählen.

Mit freundlichen Grüßen



Eva Glawischnig